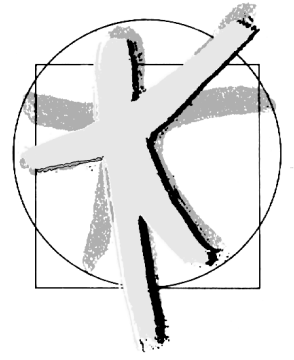


PRESSEMITTEILUNG

BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT DER PATIENTINNENSTELLEN (BAGP)

25. Februar 2003



Stellungnahme der Bundesarbeitsgemeinschaft der Patientenberatungsstellen (BAGP) zum Gutachten des Sachverständigenrats für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen "Finanzierung, Nutzerorientierung und Qualität" (4. Band)

Das grundlegende Bekenntnis des Gutachtens zur gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und deren Reformpotenzial ist ein deutliches Zeichen an die Rürup-Kommission. Das Gutachten enthält im Gegensatz zu den unstrukturiert nach außen gedungenen Vorschlägen aus der Rürup-Kommission Vorschläge zur Reform der gesetzlichen Krankenversicherung, die in ein weitreichenderes Konzept einzubinden sind.

Insbesondere die Vorschläge zur Revision der "Verschiebebahnhöfe", d.h. das Aufbürden gesellschaftspolitischer Aufgaben zulasten der gesetzlichen Krankenversicherung, ist ein deutlicher Hinweis an die Reformstrategen im BMGS.

Das Kapitel "Änderung von Elementen der Beitragsgestaltung" verdient besondere Aufmerksamkeit. Die Idee, andere Einkunftsarten neben den lohnbezogenen Einkünften zur Beitragsbemessung heranzuziehen, ist eine alte Forderung der BAGP.

Deutlich auf der Linie der BAGP sind auch die Aussagen der Sachverständigen in Bezug auf die beitragsfreie Mitversicherung von nicht berufstätigen Ehepartnern. Ein Modell ähnlich dem Ehegatten-Splitting im Steuerrecht, würde ein Stück mehr Beitragsgerechtigkeit realisieren.

Einer weiteren Erhöhung der Eigenbeteiligung von PatientInnen steht die BAGP sehr kritisch gegenüber. PatientInnen sind bereits an ihrer Grenze mit Zuzahlungen belastet, insbesondere im Bereich der Zahnbehandlung.

Ein weiterer Ausbau der Selbstbeteiligung ist vom SVR auch nur als letztes Mittel vorgeschlagen, wenn andere Maßnahmen versagen.

Zum innerhalb des SVR kontrovers diskutierten Vorschlags der Angleichung der beiden Beitragsbemessungsgrenzen auf die Höhe der Beitragsbemessungsgrenze für die Rente hat die BAGP die klare Position, dass dies ein längst überfälliger Schritt ist.

BUNDESARBEITS-
GEMEINSCHAFT DER
PATIENTINNENSTELLEN
-GESCHÄFTSSTELLE-

AUENSTR. 31
80469 MÜNCHEN

TELEFON 089 / 76755131
FAX 089 / 7250474

e-mail:
mail@patientenstellen.de

internet:
http://patientenstellen.de

INFO-TELEFON:
MONTAG-DONNERSTAG
13-14 UHR

Es ist nicht länger hinzunehmen, dass ausgerechnet der besserverdienende Teil der Bevölkerung im Verhältnis weniger Beitrag zur GKV leistet als Lohnabhängige, die einen Durchschnittsverdienst haben.

Die BAGP sieht wie die Mehrheit des SVR die Schwierigkeit, gesundheitsbezogene Verbrauchssteuern zur Finanzierung der GKV zu erheben, doch sollte die Idee von Karl Lauterbach nicht verworfen werden. Es sollte über einen Prozess der Meinungsbildung in der Bevölkerung herausgefunden werden, ob es Mehrheiten für die Erhebung solcher Steuern gibt, die dann z.B. präventionsorientierten Stiftungen zufließen.

Die schon im vorangegangenen Gutachten monierte mangelnde Patientenorientierung in den Institutionen des Gesundheitswesens spiegelt unsere Beratungserfahrungen in den Einrichtungen der PatientInnenberatung wider. Es ist zu begrüßen, dass der SVR dieses Manko im Gesundheitswesen wiederum in aller Deutlichkeit anspricht. Der konkrete Vorschlag des SVR zur Aufwertung der Gespräche zwischen Behandler und Patient ist ebenso eine oft wiederholte Forderung der BAGP wie der Hinweis auf den sträflich vernachlässigten Umgang mit Behandlungsfehlern.

Diese Domäne in der Beratung der Einrichtungen der BAGP ist gekennzeichnet durch hohe Frustration sowohl auf Patientenseite wie auch auf BeraterInnenseite, da eine ernsthafte und konstruktive Problembewältigung seitens der Verursacher bisher nicht existiert. Die BAGP fordert in diesem Zusammenhang z.B. eine grundsätzliche Umstrukturierung von Gutachter- und Schlichtungsstellen mit paritätischer Besetzung, die Verabschiedung eines Patientenschutzgesetzes sowie die Einrichtung eines Fonds für verschuldensunabhängige Haftung, der von den ärztlichen Haftpflichtversicherern gespeist wird.

Die vom SVR positiv beurteilten Schritte hin zu mehr Kompetenz von PatientInnen durch mehr Information können wir uns anschließen, es gilt jedoch die unabhängigen Informations- und Beratungsangebote massiv auszubauen, da bisher von einem flächendeckenden Angebot nicht im Ansatz die Rede sein kann.

Insbesondere unabhängige Einrichtungen, die Patientenberatung im Sinne von Orientierung für Versicherte im zunehmend komplexer werdenden Versorgungssystem des Gesundheitswesens anbieten, sollten verstärkt gefördert werden. Der SVR selbst verwendete in dem vorangegangenen Gutachten dafür den Begriff der Zugangsrationalität, die darüber verbessert werden kann. Diese Aufgaben kann keiner der Anbieter von Dienstleistungen im Gesundheitswesen wahrnehmen.

Verantw.: Emmeram Raßhofer, Geschäftsstelle der BAGP